Strickwolle u. Garne en gros
GEBR. BARENHOLZ-NORDHAUSEN
FILIALE: BERLIN, WEINMEISTERSTR. 9

Nummer 291

Berliner Börsen-Zeitung

ERICH MEYERFELD
BERLIN
BEHRENSTR. 55-56
GRUNDSTÜCKE

Verantwortliche Leiter: Handelsteil: W. Funk, Berlin; Polit. Teil: Innres P. Steinhorn, Schöneberg; Äußres Dr. H. Figler, Berlin; Kunst, Wissenschaft u. Lokales: F. Köppen, Bln.-Friedenau.

Verantwortlich: Für den Inseratenteil: H. Ronglewsky, Berlin-Charlottenburg. Verlag u. Druck: Berliner Börsen-Zeitung, Druckerei und Verlag, Ges. m. b. H., Berlin W 8, Kronenstr. 37.

Abendausgabe · Preis 600 Mk. 68. Jahrgang Dienstag, 26. Juni 1923

Amerika und Europa.

TU Berlin, 25. Juni.

Auf Veranlassung des Deutschen Schutzbundes und der Liga zum Schutz der deutschen Kultur hielt der frühere bayerische Ministerpräsident Graf Lerchenfeld am Sonnabend, kurz nach seiner Rückkehr von einer zweimonatigen Reise durch die Vereinigten Staaten einen Vortrag über seine Eindrücke. Auch heute noch glaubt die große Mehrheit der Amerikaner an die deutsche Kriegsschuld, glaubt vor allem aber auch daran, daß nur Deutschland Zerstörungen angerichtet hat und Reparationsforderungen deshalb völlig berechtigt seien. Nach dem Kriege ist zwar eine starke Ernüchterung eingetreten; die Nichtratifizierung des Versailler Vertrages entspricht aber keineswegs dem Gerechtigkeitsgefühl, sondern einerseits der Rivalität zwischen dem Senat und dem Präsidenten Wilson und andererseits einem gewissen Grauen vor Europa, das den Amerikaner enttäuscht hat, und das er verachtet. Auch heute ist eine Apathie gegenüber den europäischen Verhältnissen vorherrschend. Trotz der gefahrdrohenden Lage, die auch die Vereinigten Staaten einmal in Mitleidenschaft ziehen müßte, ist deshalb an eine Intervention der Vereinigten Staaten heute nicht zu denken.

Die augenblickliche Stimmung gegenüber Deutschland läßt sich dahin kennzeichnen: die Wirkung der Kriegspropaganda ist abgeschwächt, aber immer noch vorhanden, vor allem in den Zentren der Erziehung und in gesellschaftlichen Kreisen. In Wirtschaftskreisen ist mehr Einsicht vorhanden, aber gefühlsmäßig ist auch hier die Einstellung meist noch gegen Deutschland. Wir können nur mit einer langsamen Entgiftung durch die Verhältnisse und durch uns selbst rechnen. In der Ruhrfrage besteht keine einheitliche öffentliche Meinung. Anfänglich war man gegen Frankreich verstimmt, dann hat die französische Auffassung aber wieder an Feld gewonnen; in letzter Zeit ist wieder eine etwas günstigere Stimmung für uns vorhanden. Der Vortragende schloß damit, daß wir nur durch systematische verständnisvolle Arbeit, nicht schnell und gewaltsam, und vor allem durch unsere Leistungen in Amerika wieder an Boden gewinnen können. Das Zeigen einer unterwürfigen, duftfertigen Gesinnung erweckt nur Geringschätzung; den Amerikaner gewinnt man nur, wenn man ihm imponiert.

EE London, 26. Juni.

In Denver (Colorado) hielt nach einer New-Yorker Meldung Präsident Harding gestern eine neue Rede, in der er abermals die Teilnahme Amerikas und den Beitritt der Vereinigten Staaten zum Weltgerichtshof befürwortete. Er wolle damit keineswegs sagen, daß sich Amerika in die Politik der alten Welt hineinziehen lassen, und daß es die Streitigkeiten der alten Welt entscheiden solle. Ein wirklicher Frieden könne jedoch nur durch gerichtliche Entscheidung internationaler Streitigkeiten erreicht werden. Im anderen Falle entstünde aus Erregung Spannung und aus Spannung Krieg.

England verstärkt seine Luftstreitmacht.

London, 25. Juni.

Baldwin teilte im Unterhause mit, er werde morgen eine eingehende Erklärung über die Luftfahrtpolitik der Regierung abgeben.

Dem politischen Berichterstatter der „Evening News" zufolge werden die wichtigsten Punkte der britischen Luftfahrtpolitik sein: 1. Wesentliche Verstärkung der regulären Luftstreitkräfte, 2. wesentliche Verstärkung der Luftreserven und die Schaffung einer territorialen Luftstreitmacht.

„Mall Mall Gazette" erklärt, die britischen Luftstreitkräfte würden auf 100 Fliegerabteilungen erhöht werden, so daß diese Streitkräfte bald zweimal so stark sein würden als vor 6 Monaten.

London, 26. Juni.

Der politische Berichterstatter der „Daily Mail" schreibt, heute werde vom Premierminister oder vom Staatssekretär für Luftfahrt eine äußerst wichtige Erklärung über die künftige Entwickelung der britischen Luftmacht abgegeben werden. Es verlaute, daß eine Vermehrung um 50 Prozent der Zahl der Flugzeuge in den Ausgaben für das augenblickliche Jahr vorschlagen werde. Die Vermehrung würde, wie verlaute, eine Mehrausgabe von 8 Millionen Pfund für das Land bedeuten. Diese Summe werde jedoch über zwei Jahre verteilt werden; 5 Millionen würden im ersten und 3 Millionen im zweiten verlangt werden.

*

Der Prinz von Wales eröffnete heute in London den 7. Internationalen Luftfahrtkongreß. Unter anderen sind Vertreter Englands, Frankreichs, Amerikas, ferner solche von Italien, der Schweiz, Belgien, Japan, China, Brasilien, Dänemark, Holland und Polen erschienen.

Abermalige Verschärfung der belgischen Krisis.

EE Brüssel, 26. Juni.

Die Situation hat sich abermals verschärft. Zwischen Liberalen und Katholiken sind neue Differenzen wegen der flämischen Universität in Gent ausgebrochen und trotz aller Bemühungen ist es Theunis bisher nicht gelungen, ein Kompromiß herbeizuführen. Theunis hat den Liberalen nunmehr mitteilen lassen, er werde am Mittwoch seinen Auftrag in die Hände des Königs zurücklegen, falls bis dahin eine Einigung nicht erzielt sei. In politischen Kreisen glaubt man, daß in diesem Falle nichts anders übrig bleiben würde, als durch Neuwahlen an das Land zu appellieren und die Kammer aufzulösen.

Das unentwegte Frankreich

Stillstand in den englisch-französischen Verhandlungen.

Der resultatlose Besuch Lord Crewes bei Poincaré.

Paris, 26. Juni.

„Petit Parisien" veröffentlicht über den Stand der französisch-britischen Beratungen eine offenbar offiziöse Mitteilung, in der es heißt, daß entgegen gewissen von übertriebenem Optimismus eingegebenen Nachrichten erklärt werden müsse, daß die letzten Verhandlungen zwischen Poincaré und dem englischen Botschafter Crewe den Meinungsaustausch zwischen Paris und London in bezug auf die Reparationsfrage nicht besonders gefördert hätten. Tatsächlich scheine man sich in Erwartung der Beteiligung der belgischen Ministerkrise für den Augenblick darauf zu beschränken, die Verhandlungen nicht ganz fallen zu lassen. Der englische Fragebogen über den passiven Widerstand sei noch nicht beantwortet. Ueber die meisten Fragen, z. B. über eventuelle Maßnahmen, die nach einer deutsche Kapitulation getroffen werden müßten, über die zu verlangenden Geldzahlungen, über die Einberufung einer Konferenz mit oder ohne Teilnahme der Deutschen sei noch keine präzise Diskussion eingeleitet. Dieser Stillstand werde übrigens durch den überaus freundschaftlichen Ton, in dem die Verhandlungen in der letzten Zeit geführt worden seien, ausgeglichen (?), wobei beide Parteien den Willen gezeigt hätten zu einer Verständigung zu gelangen.

Paris, 26. Juni.

Zur Frage der französisch-englischen Verhandlungen über die Lösung der Ruhr- und Reparationsfrage stellt das „Journal" die Frage, ob man in England wirklich geglaubt habe, es wäre möglich, eine Sonderregelung zwischen Frankreich und England einzuleiten. Es habe sicher auch jenseits des Kanals einige Leute gegeben, die glaubten, sehr rasch vorgehen zu können. Das seien diejenigen, die periodisch angekündigt hätten, die Verhandlungen stünden vor ihrem Ende; Poincaré könne daher mit Stanley Baldwin eine Begegnung haben. Man sei indessen noch weit entfernt vom Schuß, wenn es wahr sei, daß Lord Curzon immer noch die Legitimität der Ruhraktion ableugne.

Deutschlands Möglichkeit der Fortführung des passiven Widerstandes.

London, 26. Juni.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph" schreibt, es bestehe Grund zu der Befürchtung, daß die am Sonntag zwischen Poincaré und Lord Crewe gepflogene allgemeine Erörterung, obwohl sie in freundschaftlichem Geiste gehalten worden sei, nur dazu geführt habe, die Verschiedenheit zwischen dem französischen und dem englischen Standpunkt in der Reparations- und Ruhrfrage in den wesentlichen Punkten zu enthüllen. Derartige Abweichungen auszugleichen, müsse eine schwierige und langwierige, wenn nicht unmögliche Aufgabe sein. Dem Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, Mac Neill, sei noch am Sonnabend in Canterbury gesagt worden, er sei überzeugt, daß jede verlängerte militärische Besetzung und wirtschaftliche Abschnürung des Ruhrgebietes nur zu sozialen und wirtschaftlichen Unruhen in Deutschland führen werde, was den französischen Absichten vollkommen zuwider sei (?).

Der Berichterstatter erfährt von ausländischen Beobachtern in Deutschland, daß sie den Eindruck hätten, daß nach der wirtschaftlichen Lage Deutschlands der passive Widerstand sicherlich noch eine Anzahl von Monaten aufrecht erhalten werden könne. Man sei der Ansicht, daß die Vorbedingung für die Zumutung an Deutschland, den passiven Widerstand aufzugeben, die Versicherung sein würde, daß als Gegenleistung gegen seine Einstellung das Ruhrgebiet bald (?) seine industrielle und administrative Freiheit (?) wieder erlangen könnte. Aber an die Aussicht auf ein derartiges Kompromiß sei augenblicklich leider nicht zu denken.

Poincaré dreht den Spieß um.

London, 26. Juni.

Der Pariser Berichterstatter des „Daily Mail" teilt mit, die französische Regierung hätte gerne von Lord Curzon eine längere Darlegung über den englischen Standpunkt hinsichtlich der französischen Absichten im Ruhrgebiet und bezüglich der neuen Forderung nach Einstellung des passiven Widerstandes gehabt, was bisher nicht geschehen sei. Daher habe Poincaré am Sonntag die lange Unterredung mit dem britischen Botschafter Lord Crewe gehabt. Es sei jedoch zweifelhaft, ob dieser in der Lage gewesen sei, auf alle Fragen zu antworten, die Poincaré vermutlich gestellt habe.

Italiens Haltung unverändert.

EE Rom, 26. Juni.

In einer offiziösen Note wird erklärt, die italienische Regierung nehme angesichts der augenblicklichen französisch-englischen Besprechungen in der Frage der Ruhrbesetzung dieselbe Haltung ein, die Mussolini in seiner letzten Note an Deutschland unsichtbaren habe. Das heißt, Italien stehe auf dem Standpunkt, daß das Ruhrproblem unlösbar mit dem Problem der interalliierten Schulden und der Reparationen verknüpft sei und daß alle Probleme daher eine gemeinsame Lösung finden müßten.

Französische Verschleierungsversuche.

EE Paris, 26. Juni.

Das französische Auswärtige Amt erläßt zu dem im „Observer" veröffentlichten Bericht des französischen Oberkommissars Tirard eine Erklärung, in der darauf hingewiesen wird, daß diese Behauptungen bereits von anderer Seite offiziell dementiert seien. Der Quai d'Orsay wiederholt jetzt die Erklärung, daß Dr. Dorten von der französischen Regierung niemals Unterstützungen empfangen habe. Der „Petit Parisien" bemerkt hierzu, daß selbst, wenn das Dokument echt sei, es lediglich für jeden, der guten Glaubens sei, den Beweis enthalte, daß die französische Regierung keine Annexionspläne (?) gegenüber dem Rheinland besitze. Der Bericht, der offenbar aus mehreren Einzelberichten zusammengesetzt sei, beweise nicht mehr und nicht weniger, als daß Dorten sich darüber beklage, von der französischen Politik nicht unterstützt zu werden und von der französischen Regierung nicht empfangen worden zu sein.

EE London, 26. Juni.

Reuter dementiert die vom „Matin" aufgestellte Behauptung, der Leiter des englischen Nachrichtenbureaus in Köln Oberst Ryan habe während des Kapp-Putsches mit dem Oberbürgermeister Adenauer zusammengearbeitet im Interesse eines unabhängigen Rheinlandes. Die Meldung sei bereits einmal dementiert worden, als die Regierung ihren Vertreter in der interalliierten Rheinlandkommission Lord Kilmanrock ersucht habe, sich zu der Angelegenheit zu äußern. Lord Kilmanrock habe damals die Nachricht offiziell dementiert. Oberst Ryan habe Dr. Dorten niemals gesehen und unterhalte zu keiner Partei irgendwelche Beziehungen. Dem Dementi in der italienischen und amerikanischen Presse sei auch eine Darstellung des Tatbestandes in der Kölner Presse gefolgt.

Die Hintermänner Dortens.

TU London, 26. Juni.

Der „Daily Herald" läßt sich aus Paris melden, daß hinter der Unterstützung der Reparationsbestrebungen in den Rheinlanden mehr der französische Generalstab stehe als der Quai d'Orsay. Dr. Dorten, der früher von General Mangin unterstützt worden sei, werde jetzt von Marschall Foch in seinen Bestrebungen gefördert.

Poincarés Kampf mit den radikalen Parteien.

Paris, 26. Juni.

Die demokratische Linke des Senats, die der radikalen Partei in der Kammer entspricht, hat gestern beschlossen, die Interpellation des sozialistischen Senators Flaissières in eine Frage umzuwandeln. Wenn Poincaré gewisse Erklärungen, die er in der Kammer hinsichtlich der Beschränkung der Regierungsmehrheit gemacht hat, aufrecht erhalte, dann werde sie die einfache Tagesordnung annehmen und der Regierung das Vertrauen aussprechen. Sollte der Ministerpräsident dagegen den Behauptungen gegen die Radikalen aufrechterhalten, dann würde die Frage in eine Interpellation umgewandelt werden, die die Gruppe unterstützen würde.

Paris, 26. Juni.

André Tardieu schreibt in seinem „Echo National", das Ergebnis der Nachwahl im Wahlkreise Versailles bedeute eine Niederlage für Poincaré. Der Block der Linken habe gegen die Wahl von 1919 rund 28000 Stimmen gewonnen, die Poincaristen rund 40000 verloren. Der Block der Linken, der 1919 mit rund 12000 Stimmen in der Minderheit geblieben sei, habe jetzt eine Mehrheit von rund 56000 Stimmen erhielt. Das sei eine Niederlage für die Gedanken, die Clemenceau und Millerand aussprachen, und die zu dem Siege von 1919 geführt hätten. Das sei auch eine Niederlage für die republikanische Mehrheit der Kammer, die seit 1920 fortgesetzt irregeführt werde, und die am 15. Juni für Poincaré gestimmt habe. Diese Mehrheit müsse die Reden nachlesen, die die Anhänger Clemenceaus seit annähernd vier Jahren gehalten hätten. Sie werde dann erkennen, daß es an Warnungen nicht gefehlt habe und das Ergebnis nur diese Warnungen bestätigt habe. Tardieu ruft Poincaré zu: Du hast es gewollt, George Dandin!"

Gestern wurde in Wien der zweite österreichische Gewerkschaftskongreß eröffnet. Sowohl der Vorsitzende Deves als auch der Vertreter des internationalen Gewerkschaftsbundes Sassenbach (Amsterdam) und der Vorstand des Allgemeinen freien Angestelltenbundes Sueß (Berlin) gedachten in ihren Begrüßungsansprachen der Vorgänge im Ruhrgebiet.

Der Zusammenbruch der mazedonischen Front 1918.

Von

Oberstleutnant a. D. Otto Landfried.

Ueber eine der interessantesten Phasen des Weltkrieges, nämlich die den allgemeinen Zusammenbruch einleitende Aufrollung der deutsch-bulgarischen Balkanfront, ist in der Militärliteratur bisher merkwürdigerweise wenig berichtet worden. Dieser Tage erscheint nun bei E. S. Mittler u. Sohn, Berlin, eine ausgezeichnete Darstellung jener Ereignisse aus der Feder des ehemaligen Ersten Generalstabsoffiziers beim O.K. der Heeresgruppe Scholtz. In offiziellem Auftrage schildert der verdienstvolle Generalstäbler den „Endkampf in Mazedonien und seine Vorgeschichte". Er kommt zu dem Schluß: Das Verhängnis war unabwendbar, weil sich die bulgarische Armee in einem Zustand vollständiger Erschöpfung und Auflösung befand und die deutschen Reserven trotz heldenmütigen Widerstandes zu schwach waren, um den feindlichen Vorstoß aufzufangen. — Dank dem Entgegenkommen des Verlages sind wir in den Stand gesetzt, der uns gemein fesselnden Schrift folgende, der deutschen Oeffentlichkeit bislang wenig bekannte Tatsachen zu entnehmen:

Im ganzen genommen trat die deutsche Führung mit einer gewissen Zuversicht in das Frühjahr 1918 ein. Es war zu hoffen, daß die bulgarische Armee zur Abwehr genügend Widerstandskraft besitzen würde. Darüber, daß sie zu einer Offensive größeren Stils nicht befähigt war, bestand allerdings kein Zweifel.

Leider verschlechterte sich von Mitte März ab die Lage. Es traten von dieser Zeit an sich mehrende Zersetzungserscheinungen in der bulgarischen Armee ein. Der Geist der Truppe sank zusehends. Sie litt aufs höchste unter schlechter Verpflegung und unzureichender Bekleidung. Die Verpflegungslage des Landes war zweifellos ungünstig; die Schwierigkeiten wurden jedoch noch dadurch gesteigert, daß es den Bulgaren nicht gelang, das Vorhandene wirklich nutzbar zu machen. Selbst bei maßgebenden Stellen der bulgarischen Verwaltung machten sich zudem wachsende Widerstände geltend gegen die Opfer, die der Zivilbevölkerung im Interesse der Schlagfertigkeit der Armee zugemutet werden mußten. Die Deutschen waren zur Aushilfe an Verpflegung nicht verpflichtet. Wie groß der Mangel schon damals in Deutschland war, ist bekannt. Bei Abgaben aus deutschen Magazinen an die Bulgaren war nicht immer zu übersehen, ob Ersatz für die eigenen Truppen rechtzeitig herankommen würde. Trotzdem gelang es dem deutschen Oberkommando mehrfach, wenigstens so weit auszuhelfen, daß die schwersten Krisen überwunden wurden; für den Ersatz an Bekleidung waren die Bulgaren fast ganz auf Deutschland angewiesen. Bei der Rohstoffknappheit im eigenen Lande mußten jedoch die verantwortlichen deutschen Heimatbehörden die Lieferung von Bekleidungsstücken von der Gegenleistung in Rohstoffen abhängig machen. Dies führte zu endlosen Verhandlungen. Als schließlich nach heftigem Drängen des Oberkommandos Scholtz die Frage gelöst wurde, war kostbare Zeit versäumt worden. Entbehrungen zermürbten auch in der Heimat die Stimmung des bulgarischen Volkes, das seit 1912 fast ununterbrochen im Kriege lebte. Dies blieb nicht ohne Rückwirkung auf die Armee; viele Urlauber kehrten völlig niedergedrückt zur Front zurück. Dazu kam in weiten Kreisen bulgarischer Patrioten, besonders auch unter den Offizieren, eine tiefgehende Unzufriedenheit mit der vorläufigen Regelung der Dobrudscha-Frage bei den Friedensverhandlungen mit Rumänien. Deutschland mußte hierbei aus gewichtigen Gründen auf die Türkei Rücksicht nehmen. Die Bulgaren fühlten sich um einen Teil des Siegespreises gebracht. Verstimmung gegen den deutschen Bundesgenossen war die Folge. Sie wurde verstärkt, als die Lage in Frankreich den Abtransport des größten Teils der deutschen Truppen notwendig machte. Die Bulgaren verlangten das Festhalten an den für den Krieg gegen Serbien 1915 getroffenen Abmachungen, die damals Deutschland zur Gestellung von sechs Divisionen verpflichtet hatten. Sie übersahen dabei, daß der Zweck der deutschen Hilfe in diesem Ausmaße nur die Niederwerfung Serbiens gewesen war. Das Errungene festzuhalten, möglichst mehr und konnte Bulgarien in erster Linie die eigene Kraft voll einsetzen. Eine äußerst geschickt eingeleitete und durchgeführte deutschfeindliche Propaganda der Entente im Inlande und an der Front vertiefte die Gegensätze und rüttelte an der bulgarischen Widerstandskraft. Daß der Verbleib eines amerikanischen Geschäftsträgers in Sofia selbst nach Eintritt der Vereinigten Staaten in den Krieg für solche Zwecke ausgenutzt wurde, darf als sicher angenommen werden. Im Innern rangen die verschiedenen sich bekämpfenden politischen Parteigruppen um die Macht und suchten auch Einfluß auf die Armee zu gewinnen. Die Geschlossenheit des Volkes wurde zerstört. Der Sturz der Regierung Radoslawoff verschlimmerte die Lage. Das neue Ministerium Malinow verkörperte nicht mehr den Willen zum Durchhalten und Sieg; ihm schien das Interesse des eigenen Landes die Anbahnung baldiger Verständigung mit dem Feinde auch auf Kosten des Bundesgenossen zu erfordern.

Mehrere rasch nacheinander eintretende Ereignisse warfen scharfe Schlaglichter auf den Zustand des bulgarischen Heeres: Anfang April 1918 verweigerte die für das geplante Unternehmen westlich des Ochrida-Sees bestimmte bulgarische Infanterie den Angriff. Im Mai erfolgte ein feindlicher Vorstoß bei Huma im Abschnitt der 1. bulgarischen Armee, die davon getroffenen bulgarischen Infanterie-Regimenter versagten auch in der Verteidigung vollkommen; ein wichtiger Stellungsabteil ging verloren und konnte nicht wieder gewonnen werden. Wenig später kam es im Cerna-Bogen zu offener Meuterei einzelner in Ruhe befindlicher bulgarischer Bataillone, die als Ablösung in Stellung gehen sollten. Ueberlaufen zum Feinde, Desertionen nach rückwärts mehrten sich. Die in den Kriegsakten niedergelegten Meldungen und Berichte